



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Reform der Einkommenssteuer : ein Laiengespräch.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Reform der Einkommensteuer.

Ein Laiengespräch.



A.

Was hältst du von den neuen Steuergesetzentwürfen?

B. Da wendest du dich an keine richtige Adresse, denn ich verstehe wenig von Finanzwissenschaft. Freilich kommen bei Steuerfragen noch andre Dinge in Betracht, Geschichte, Politik, soziale Zustände, überhaupt die Macht der Thatfachen, auch Vorurteile.

A. Nun, eben deshalb mußt du ja vielleicht besser imstande sein, ein vernünftiges Urtheil zu fällen als mancher andre.

B. Vielleicht, vielleicht auch nicht.

A. Heraus mit der Sprache also! Was denkst du über Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer?

B. Ich billige sie durchaus, denn ich finde es weder gerecht noch klug, daß von Leuten, die kaum des Lebens Notdurst befriedigen können, direkt die Herausgabe eines Theiles ihres absolut unentbehrlichen Einkommens verlangt wird. Dies muß auf seiten der Pflichtigen Erbitterung erregen, auf seiten des Staats zu massenhaften, kostspieligen und im ganzen fruchtlosen Exekutionen führen und bringt schließlich nichts oder nur wenig ein. Ob nun gerade 1200 Mark die richtige Grenze bildet, ist kaum grundsätzlich zu entscheiden. Man wird sich darüber verständigen müssen und wird dies ohne Zweifel auch können, denn nur praktische Rücksichten können in diesem Punkte entscheiden; der Wert des Geldes, d. h. die Anzahl der Dinge, welche man für eine Mark kaufen kann, in Stadt und Land, sowie in den einzelnen Provinzen des Reichs ist ja sehr verschieden.

A. Nun, in allen Fällen werden die Leute dieser Steuerklassen sehr zufrieden sein können, wenn sie künftig ganz von Steuern befreit bleiben.

B. Gewiß. Aber wir wollen nicht vergessen, daß diese selben Leute fortfahren werden, alle indirekten Steuern zu bezahlen. Auch weißt du ja, daß die Regierung bestrebt ist, das System der indirekten Steuern noch weiter auszudehnen.

A. Ja freilich weiß ich das. Aber es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob man dem Steuererheber bares Geld abliefern muß, oder ob man in kleinen, unmerklichen Beträgen zum allgemeinen Säckel beiträgt, gewissermaßen ohne es selbst zu wissen. Denn kein Mensch denkt ja an eine Steuer, wenn er Brot oder Fleisch oder Cigarren oder sonst eine mit Accise belegte Ware kauft.

B. Leider ist es so! Daß man die Steuer auf diesem Wege unbewußt zahlt, wie du sagst, ist gewiß richtig. Aber das wesentliche ist doch, daß man in kleinen, unmerklichen Beträgen zahlt. Ein Mann, der 30 Mark monatlich verdient, ist zu keiner Zeit imstande, 15 Mark auf einem Brette zu zahlen. Aber es wird ihm gelingen, jeden Tag einen halben Pfennig zu zahlen.

A. Das ist sehr wahr, und es wird diese Schlantheit ja auch im Privatverkehr täglich geübt, wenn man einem schwachen Schuldner Teilzahlungen gewährt.

B. Du sagst Schlantheit, du könntest ebensogut, vielleicht besser sagen Menschlichkeit, wenn man davon ausgeht, daß auch der arme Mann unter allen Umständen zu den Staatsbedürfnissen beisteuern muß.

A. Freilich, wenn der Staat die Beiträge des armen Mannes unter keinen Umständen entbehren kann, so bleibt nichts übrig, als ihn durch Verbrauchsabgaben zu besteuern, und insofern müßte man dem Fürsten Bismarck zustimmen.

B. Mit dieser Zustimmung wird aber Fürst Bismarck keineswegs befriedigt sein, denn du machst sie von einer Voraussetzung abhängig, die dir noch nicht erwiesen scheint: davon, daß der Staat die Steuer des armen Mannes schlechterdings nicht entbehren könne.

A. Das ist eben die große Frage. Sie ist noch nirgends und zu keiner Zeit zu Gunsten des armen Mannes entschieden worden. Man mag wohl auch zugeben, daß die ungeheuern Summen, welche der Staat von den Massen der weniger Bemittelten erhebt, von der geringen Zahl der Wohlhabenden nicht aufgebracht werden können.

B. Dies wird gewiß für jeden Staatsmann entscheidend sein. Ist er aber human, oder wie man heutzutage sagt, ist er ein Sozialpolitiker, so wird er bestrebt sein, die Lasten mehr und mehr auf die Schultern der Starken zu wälzen, und die Schwachen zu erleichtern.

A. Wahrhaftig, wer könnte einem solchen Bestreben seine Billigung versagen? Es ist ja nichts als Gerechtigkeit; und Gerechtigkeit ist und bleibt doch immer das Höchste und Wichtigste.

B. Schon gut, so im allgemeinen; aber im besondern, im Steuerwesen, muß ich Vorbehalte machen. Denn mag im Staatsleben die Gerechtigkeit noch so hoch gehalten werden, ja mögen sie einige als den eigentlichen Staatszweck bezeichnen, so ist der Zweck einer Steuer doch eben kein anderer, als den Säckel des Staates zu füllen, Geld zu erhalten.

A. Das lautet freilich sehr nüchtern und ist geeignet, den Freund der Gerechtigkeit sehr zu entmutigen.

B. Aber doch nur scheinbar, denn wir stehen ja nicht mehr auf der Stufe asiatischer Despotien, wo der Fürst das Geld da nimmt, wo er es findet: durch Konfiskation bei den Reichen, durch Kopfsteuer bei allen, ohne darnach zu fragen, wie weh es thut, wie nachtheilig es wirkt. Wir machen, soweit der Hauptzweck der Steuer dadurch nicht beeinträchtigt wird, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit große Zugeständnisse. Es giebt wohl keinen Staatsmann, der nicht anerkenne, daß die Zahlungskraft und Fähigkeit des Bürgers bei der Umlage einer Steuer vollauf berücksichtigt werden müsse. Dies ist freilich nur ein theoretischer Satz, nur ein Leitfaden für die Steuerpolitik; aber es ist doch wichtig genug, daß ein solcher Satz und Leitfaden überhaupt existirt und allgemein anerkannt wird.

A. Ist die Sache denn aber wirklich so schwierig, ist nicht das Einkommen des Bürgers der sicherste und gerechteste Maßstab, ja ist er nicht der einzig gerechte für seine Leistung zur Steuer?

B. Das sagen viele, und viele glauben es auch und ziehen daraus den Schluß, daß es nur eine einzige Steuer, die Einkommensteuer, geben sollte. Und damit diese Steuer noch besser der Gerechtigkeit entspreche, soll sie progressiv sein. Denn so sagen sie: Je größer der Überschuß eines Einkommens ist, umso leichter kann davon etwas für den Staat abgegeben werden.

A. Nun, von dieser Theorie scheint man in der Praxis ja garnicht soweit entfernt zu sein. Haben doch, soviel ich weiß, fast alle Staaten Einkommensteuer, und teilweise sogar progressive, bis zu einer gewissen Höhe des Einkommens, bei der dann die Progression für die Reichsten allerdings aufhört. Es würde sich also nur noch darum handeln, die Einkommensteuer zur einzigen zu machen und die Progression konsequent durchzuführen.

B. Die Praktiker werden dir darauf antworten, daß die Deckung des Staatsbedarfs auf diesem Wege eine reine Unmöglichkeit sei. Es ist nicht schwer, dies mit Zahlen zu beweisen, ich will es aber nicht versuchen, weil diese Forderung der Ausschließlichkeit der Einkommensteuer ja in unsern Parlamenten von keiner ernstlich zu nehmenden Partei gestellt wird. Auch haben wir uns ja vorhin schon verständigt, daß die Verzehrungssteuern nicht zu entbehren sind. Dagegen wollen wir die Gerechtigkeit der Einkommensteuer an und für sich einer Prüfung unterwerfen.

Das Einkommen soll der gerechte Maßstab für die Steuer sein. Nun fragt es sich zunächst: ist ein Einkommen von 5000 Mark unter allen Umständen von gleichem objektiven Werte?

A. Gewiß nicht! Denn die 5000 Mark, die ich als Arzt oder Advokat, als Kaufmann oder Beamter, kurz, die ich durch persönliche Thätigkeit verdiene, sind, weil unsicher und in ihrer Dauer beschränkt, viel weniger wert als 5000 Mark, die ich aus Grundbesitz und Kapitalien beziehe.

B. Gut! Darum müssen wir das Einkommen zergliedern und jede Art desselben nach verschiedenen Grundsätzen besteuern, oder neben der allgemeinen Einkommensteuer besondere Ergänzungseinkommensteuern für die einzelnen Gattungen des Einkommens erheben.

A. Nun, das ist ja unser System in Deutschland, indem wir durch die Grundsteuer und die Gewerbesteuer die Einkommensteuer ergänzen und korrigieren. Und in demselben Sinne wird jetzt in Preußen die Kapitalsteuer vorgeschlagen. Da wären wir also auf gutem Wege.

B. So scheint es. Aber alles hat seine zwei Seiten.

A. Ich bin begierig zu hören.

B. Das Kapital, das man mit der neuen Steuer treffen will, ist das sogenannte bewegliche, welches an Private, an Gemeinden, an den Staat, an die Industrie gegen Zinsen oder Gewinnanteil ausgeliehen ist. Die Leute, welche solche Kapitalien besitzen, die Kapitalisten, hält man für eine vom Schicksal bevorzugte Klasse, und deshalb verlangt die öffentliche Stimme (denn dieser giebt die Regierung mit diesem Entwürfe nach) eine besondere Besteuerung der Kapitalrente.

Allein verdient denn das Kapital eine solche Mißgunst? Ist es nicht eine höchst achtbare und dem Gemeinwesen überaus nützliche Klasse von Menschen, die ihr Erbe zusammenhalten und durch Ersparnisse zu mehrern suchen, die von den Überschüssen über ihre Ausgaben Kapital ansammeln? Verdienen diejenigen Familienväter nicht Schonung, die ihre Kapitalien angreifen, wenn die Söhne den Einjährigendienst thun, die Universität beziehen, jahrelang als Auskultatoren und Referendare dem Staate nützliche, aber unentgeltliche Dienste leisten?

A. Ganz gewiß! Deswegen befreit auch der Entwurf ein Kapitaleinkommen von weniger als 2000 Mark von der Rentensteuer.

B. Ja, das thut er. Aber ist diese Rücksicht denn genügend? Ist ein Familienvater des höhern oder auch nur des mittlern Bürgerstandes, der auf eine Rente von 5000 oder 6000 Mark angewiesen ist, unter die bösen Kapitalisten zu rechnen, oder kann er nicht vielmehr in Berlin, in Köln, in Frankfurt nur in großer Beschränkung leben?

A. Das läßt sich allerdings nicht leugnen. Und man kann auch nicht sagen, der Mann möge an einen Ort übersiedeln, wo es billiger zu leben ist. Er müßte von der sozialen Stufe, in welcher er geboren und seine Familie groß geworden ist, herabsteigen, um anständig auskommen zu können.

B. Mit dieser Bemerkung berührst du einen Kardinalpunkt, von welchem fast niemals gesprochen wird. Es giebt absolut keinen äußern Maßstab, um ein bestimmtes Einkommen groß oder klein zu nennen. 5000 Mark jährlichen Einkommens wären für eine Arbeiterfamilie entschiedener Reichtum. Für eine andre Familie, die in der sozialen Pyramide sounsoviel Stufen höher steht, genügen 5000 Mark kaum, um die allernützigsten Bedürfnisse zu decken. Selbst 10 000 und 15 000 Mark genügen in vielen Verhältnissen nicht, um eine Familie mit mehreren erwachsenen Kindern standesgemäß zu unterhalten.

A. Das kann jeder aus seiner Erfahrung nur bestätigen.

B. Nun so verdienen denn diese Leute gewiß auch keine besondre Ungunst.

A. Wie kommt es denn aber, daß die öffentliche Meinung so sehr auf einer besondern Besteuerung der Kapitalrente besteht, daß die Regierung nachgeben zu müssen glaubt?

B. Diese Frage trifft den Kern der Sache. Die öffentliche Meinung wechselt eben den Kapitalisten mit dem Kapitalismus. Es ist gewiß, der Kapitalismus ist die eigentliche Krankheit unsrer Zeit. Wenige finanzielle Genies sind es, die, selbst im Besitz großer Reichtümer durch ihre Operationen und Spekulationen, sowie durch Koalitionen untereinander, durch sogenannte Konsortien, welche keine Nationalität und keine Landesgrenze kennen, sich die Herrschaft über das gesamte Privatkapital zu verschaffen wissen und dasselbe mehr und mehr auffaugen, die unter allen Umständen im Krieg und im Frieden und bei jeder Konjunktur Geld verdienen und die so mächtig sind, daß kein Staat, keine große Unternehmung sich ihrem Einfluß entziehen kann.

In den letzten Jahren ist der Zinsfuß von fünf auf vier Prozent zurückgegangen; ich habe dabei ein Fünftel meines Kapitals sowohl als meiner Rente verloren. Die Bankfürsten aber haben bei dem vorteilhaften Geschäft der Konversion der Staats-, der Kommunal- und sonstiger Anleihen wohl ebensoviel gewonnen. Wenn der Zinsfuß wieder auf fünf Prozent steigt, so fallen meine Papiere, und ich werde wieder um ein Fünftel an Kapital und Rente ärmer, während die Bankfürsten abermals gewinnen. Solcher Wechsel des Zinsfußes kann sich in einem Menschenalter mehrmals wiederholen. Dann steht es mit dem festgelegten Privatkapital wahrhaftig schlecht genug. Du wirst also zugeben, daß man zwischen Kapitalisten und Kapitalismus wohl unterscheiden muß. Ungunst verdient nicht das festgelegte, nur auf Rente abzielende Kapital, sondern jenes mobile, allezeit bewegliche, immer nur auf kurze Zeit engagirte, jeder Konjunktur folgende, die Gegenwart ausnützende, die Zukunft diskontirende, durch Größe und Koalitionen mächtige und jeden Lebensnerv des Volkes durchdringende Kapital, dessen Herrschaft man den Kapitalismus nennt.

A. Das scheint mir so klar wie die Sonne. Der Staat sollte sich gegen diesen Kapitalismus mit allen Kräften wehren.

B. Allerdings sollte er das. Vor allem sollte er diese unheilvolle Thätigkeit, die übrigens in unserm Zeitalter wahrscheinlich nicht zu beseitigen, vielleicht nicht einmal zu entbehren ist, nicht auch noch als eine besonders ehrenvolle auszeichnen, durch Abels-, Orden- und Titelverleihungen. Nun, man muß anerkennen, daß der Staat dem Kapitalismus wenigstens ein garnicht unbedeutendes Stück Boden genommen hat durch die Verstaatlichung so vieler Eisenbahnen, deren ungeheurer Geldwert dadurch der Börsenspekulation entzogen worden ist. Im übrigen muß man Gott walten lassen.

A. Nach alledem scheinst du die Rentensteuer ganz zu verwerfen?

B. Das thue ich keineswegs. Vielmehr erkenne ich an, daß ein Einkommen aus Kapitalien im Werte höher steht als ein gleichgroßes Einkommen, das durch Arbeit gewonnen wird, ich gebe also zu, daß es der Gerechtigkeit entspricht, eine Rente höher zu besteuern, als ein Einkommen aus Arbeit, das von der Kraft und Gesundheit des Erwerbenden und von tausend Zufälligkeiten abhängig ist. Was ich aber entschieden nicht anerkennen kann, ist das, daß zwei gleichgroße Einkommen auch immer gleichwertig seien.

A. Wie meinst du das?

B. Ich will versuchen, mich deutlicher zu erklären. Ich habe schon vorhin bemerkt, das der Wert eines Einkommens durch die soziale Stufe bedingt sei, in welcher der Mensch lebt, weil in jeder höhern Stufe die Dinge, welche zum notwendigen Lebensunterhalt gehören, zahlreicher und kostspieliger sind. Aber ich gebe zu, daß ein Einkommensteuergesetz hierauf keine Rücksicht nehmen kann, weil die erforderlichen Bestimmungen praktisch unausführbar sind. Die Gerechtigkeit kommt also in diesem Punkte zu kurz, und wer sich beschwert fühlt, nun, dem muß es eben anheimgestellt bleiben, in eine tiefere Stufe hinabzusteigen. Wenn ich dies den qualitativen Wert des Einkommens nenne, so setze ich ihm den quantitativen entgegen. Ich frage: wieviele Menschen sind von einem bestimmten Einkommen zu ernähren, d. h. wie groß ist die Familie des Besteuernten? Niemand kann bestreiten, daß ein Einkommen von 5000 Mark, welches ein Junggeselle bezieht, einen weit höhern Wert hat als 5000 Mark, von denen eine Familie von sechs oder zehn Köpfen zu ernähren ist. Wo bleibt da auch nur ein Schatten von Gerechtigkeit, wenn man beide gleich hoch besteuert?

A. Du hast Recht, und dabei kann man hier nicht sagen, wie bei der sozialen Stufe des Steuerpflichtigen, daß ihm freistehe, sich dieser Ungerechtigkeit zu entziehen. Denn er kann doch seine Familie nicht willkürlich vermindern. Freilich kann er sie willkürlich vermehren.

B. Ja, das kann er. Aber er wird das doch niemals im Hinblick auf eine Steuerermäßigung thun. Ich begreife in der That nicht, warum sich keine Gesetzgebung auf diesen Gesichtspunkt einläßt. Sind es Detailschwierigkeiten bei der Umlage? Es scheint mir, daß unsere Steuerkünstler noch ganz andre Schwierigkeiten zu überwinden wissen, z. B. bei der Besteuerung des Zuckers, des Alkohols, der Spielarten u., Schwierigkeiten, die offenbar viel größer sind, als die Mängel zu zählen, welche um einen Familientisch herumsitzen und aus einem Einkommen zu befriedigen sind. Solange eine Einkommensteuer blind unter die Menge tappt, ohne die Zahl der Personen zu berücksichtigen, die von dem steuerpflichtigen Einkommen zu ernähren sind, ist sie nicht viel besser als eine Kopfsteuer und meines Erachtens unbedingt zu verwerfen. Ja vielleicht ist jede Art von Einkommensteuer mit den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit unvereinbar, oder doch weniger vereinbar als irgend eine andre Steuer. Ich sprach heute einen Diener von 25 bis 26 Jahren. Er war mehrere Jahre als Kutscher bei der Tram-Gesellschaft in K. mit einem Gehalte von 95 Mark monatlich angestellt und begleitete dann einen Herrn auf Reisen, wofür er monatlich noch 5 Mark mehr erhielt. Dieser ledige Mann, der für niemand zu sorgen hat, bliebe also nach dem Gesetzentwurf von direkter Steuer frei. Wenn er aber in einigen Jahren Frau und Kinder bei einem um 100 Mark erhöhten Einkommen hätte, so müßte er 12 Mark Steuer zahlen!

Es ist unvernünftig zu sagen, wie neulich ein Abgeordneter that, daß die Berücksichtigung starker Familien zu den Palliativmitteln gehöre, oder gar zu be-

haupten, daß solche Rücksichtnahme eine Prämie auf die Kindererzeugung sei. Viel wahrer ist das Gegenteil, daß die Nichtberücksichtigung der Familie das Junggefellleben begünstigt, die Zahl der Ehen vermindert und die der unehelichen Kinder, und was damit zusammenhängt, vermehrt.

A. Und was wäre denn nun aus alledem zu schließen?

B. Daß im Steuerwesen einfach der bekannte mephistophelische Spruch umzukehren ist, weil da die Theorie zuweilen grün und golden, die Praxis aber allezeit grau ist, und daß unter allen Umständen die Einkommensteuer das Lob nicht verdient, das ihr solche Personen zollen, auf welche Doktrin und politische Schlagwörter allmächtigen Einfluß haben.



Die Einverleibung von Merw.



ährend das Ministerium Gladstone sich noch abmühte, die von seiner Verblendung und Schwachmütigkeit in Ägypten begangnen Verschämnisse und Mißgriffe nach Möglichkeit wieder gutzumachen, traf aus Mittelasien die Kunde von einem Ereignisse ein, welches von vielen als eine neue Niederlage jener Politik betrachtet wird, die Kandahar und den Sudan räumte. Merw, die Oasenstadt der Turkmener, die wichtigste Etappe auf dem Wege nach Herat und von da nach Afghanistan, ist dem russischen Reiche einverleibt worden. Die Nachricht war zuerst im Nord zu lesen, der die Annexion des Schlüssel von Britisch-Indien von seiten Rußlands mit den Worten meldete: „Die Turkmener von Merw haben soeben den Kaiser von Rußland eingeladen, die Regierung ihres Landes zu übernehmen.“ Nach weitem Berichten aus Taschkend, die in Petersburg eintrafen, begann sich am 26. Dezember v. J. ein russisches Heer zum Vormarsche nach Merw in Bewegung zu setzen. Bevor die Expedition aufbrach, hielt der bekannte General Tschernajeff, begleitet von einem höheren französischen Offizier, über die Truppen, die aus sechs Infanterieregimentern, acht Schwadronen Dragonern, sieben Sotnien Kosaken und vier Batterien Artillerie bestanden, eine große Parade ab. Am nächsten Tage rückten diese Streitkräfte nach ihrem Bestimmungsorte ab, und als die Nachricht hiervon Taschkend verließ, hatten ein Kosakenregiment, zwei Infanteriebataillone und eine Batterie bereits die Grenzen des Chanats Buchara hinter sich. Die Expedition hatte auf ihrem Wege keinerlei Widerstand gefunden, vielmehr war sie von der Bevölkerung allenthalben willkommen geheißen worden. Am 11. Februar konnte Tschernajeff dem Kaiser melden, daß die Häuptlinge von vier Turkmenerstämmen und vierundzwanzig Bevollmächtigte, die etwa zweitausend Kibitten (Zelte) vertraten, ihren Wunsch, russische Unterthanen zu werden, erklärt und ihre Unterwerfung eidlich bekräftigt hätten. Dieselben hätten sich zu diesem Akte freiwillig entschlossen, indem sie begriffen, daß sie sich nicht selbst regieren und nur unter Rußlands Ägide in Frieden leben könnten. Am 12. Februar passirte Tschernajeff Orenburg, um nach Petersburg zu gehen und dem Kaiser